



AfD sagt: Keine Fremdbestimmung nach rot-rot-grüner Machart

Die Diskussion um eine Verwaltungs- und **Gebietsreform in Thüringen** läuft bereits seit ein paar Jahren. Jetzt **will die rot-rot-grüne Landesregierung eine Gebietsreform mit allen Mitteln durchsetzen**, obwohl nach den Erfahrungen aus anderen Bundesländern weder spürbare Vorteile noch Einsparungen erkennbar sind. Das alles soll **gegen den Willen der Bürger bzw. ohne deren Beteiligung** geschehen. Zwar gab es bereits im Herbst 2015 fünf Regionalkonferenzen mit Kommunalvertretern, aber bereits damals war das geplante Vorhaben mehr als umstritten. Der „Verein Selbstverwaltung in Thüringen“ brachte vor einigen Wochen ein Volksbegehren auf den Weg, das nach der Thüringer Verfassung möglich ist. Um die notwendigen 5.000 Unterschriften zu sammeln, hatten die Initiatoren 6 Wochen Zeit. Wie stark der Gegenwind aus der Bevölkerung gegen diese Gebietsreform ist, zeigt sich daran, dass nach Angaben des Ver-

eins Selbstverwaltung mit ca. 43.000 Unterschriften weit mehr als erforderlich zusammengetragen wurden. Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, versucht die Landesregierung dieses Volksbegehren und damit ein wirksames Instrument der Demokratie und der Bürgerbeteiligung durch eine Klage zu verhindern. Justizminister Dieter Lauinger stützt die Klage auf die Prämien in Höhe von 155 Millionen Euro, die den Kommunen im Falle von Fusionen bewilligt würden. Die Fusionsprämien werden aber erst in den Landeshaushalt 2018/2019 eingestellt, so dass von einem Eingriff in die Haushaltsautonomie durch das Volksbegehren keine Rede sein kann. Das ist ein klassischer Fall von Wählertäuschung, weshalb die AfD-Fraktion eine entsprechende Verfassungsänderung in das Parlament einbringen wird, um dieses undemokratische Hindernis aus der Verfassung zu streichen.

(Birgit Noll)

**AfD-Demonstration
in Erfurt**

... weiter lesen Seite 2

**Vollverschleierung im
Thüringer Landtag**

... weiter lesen Seite 3

**„Deutschland
verrecke...“**

... weiter lesen Seite 5



Am 21. September dieses Jahres setzte der Landesverband Thüringen der Alternative für Deutschland (AfD) seine **Mittwochsdemonstrationen** fort. Ca. 2.000 Teilnehmer folgten dem Aufruf der AfD, um unter dem Motto „Grenzen schützen, soziale Sicherheit schaffen!“ **friedlich zu demonstrieren**. Daß das Interesse der Bürger an der AfD und ihrer Politik wesentlich größer war, belegten die **ca. 12.000 Zugriffe auf den Livestream des Landesverbandes während der Kundgebung**.

Vom Erfurter Willy-Brandt-Platz aus setzte sich der Demonstrationzug in Richtung des Thüringer Landtages in Bewegung, wo die Kundgebung mit den Gastrednern André Poggenburg, AfD-Bundesvorstandsmitglied, Andreas Kalbitz, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg, Enrico Komning, AfD-Abgeordneter im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und Siegfried Daebritz von PEGIDA Dresden stattfand. Gestärkt durch die Ergebnisse der Landtagswahlen **bekräftigten die Abgeordneten der AfD die Zielstellungen und Forderungen der Partei wie zum Beispiel gesicherte Grenzen, zeitnahe Abschiebungen aller abgelehnten Asylbewerber, Gewährleistung der inneren Sicherheit, Wertschätzung und Unterstützung der Familien sowie die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland**.

Der AfD-Landesprecher und Vorsitzende der Thüringer Landtagsfraktion Björn Höcke, der als letzter Redner des Abends das Wort ergriff, unterstrich die gute Zusammenarbeit der AfD-Landesverbände: **„Wir vier werden nicht ruhen, und das ist das Versprechen, das wir Euch heute geben, bis die Politik in diesem Land um 180 Grad gewendet ist und etwas praktiziert wird, das in jedem anderen Land der Welt eine Selbstverständlichkeit ist - nämlich eine Politik nicht gegen das eigene**

Volk, sondern für das eigene Volk!“ Zur Gewährleistung der Sicherheit sagte Höcke: „Sichert endlich die Grenzen und schickt die Millionen illegaler Einwanderer nach Hause.“ Mit einer kleinen Anfrage habe man herausbekommen, daß die Polizei jeden Monat über 200 Einsätze in und um die Asylbewerberheime in Thüringen fahren muß. Hinzu kommt, dass der Verfassungsschutzchef Stephan Kramer auf Druck der AfD eingestehen mußte, dass sich **140 Islamisten und 75 Salafisten mit einem „beachtlichen Gefährdungspotential“ in Thüringen** aufhalten.

In Bezug auf die neue soziale Frage, die die Deutschen sich zu stellen haben, sagte Höcke weiter: „Tagaus, tagein reden sie von der „Sozialen Gerechtigkeit“. Aber sie meinen nicht unsere „Soziale Gerechtigkeit“. Die ist ihnen völlig egal. Sie meinen die Öffnung unserer Sozialkassen für Millionen, die nie einen Beitrag zu unserer Solidargemeinschaft geleistet haben. Wir sind für sie nur Arbeitstiere und Zahlmeister. Aber wir lassen uns nicht länger ausbeuten!“



Am Rande der AfD-Demonstration wurden von Parteimitgliedern und von Vertretern der Bürgerinitiative Erfurt-Marbach mehrere hundert Unterschriften für die Petition gegen den geplanten Moscheebau gesammelt. **Die nächste planmäßige Demonstration der AfD Thüringen findet am 26. Oktober 2016 statt.**

(Birgit Noll)

Bankendämmerung in Italien

Wieder einmal zeigt sich, dass die derzeitige Niedrigzinspolitik und die damit verbundene Geldschwemme lediglich Probleme verschieben, aber nicht lösen können. In Italien scheint sich eine neue Bankenkrise zusammenzubrauen. Der Preisverfall der Aktien macht es deutlich: über 40% haben die Aktien italienischer Geldhäuser seit Jahresbeginn im Durchschnitt an Wert verloren. Grund dafür ist **der horrende Wert fauler Kredite**, welche die Banken in ihren Büchern stehen haben. Laut aktuellen Verlautbarungen beläuft sich die **Summe auf 360 Milliarden**. Der US-amerikanische Finanzexperte David Stockman, der bereits im Kabinett des US-Präsidenten Reagan tätig war, kritisierte die Niedrigzinspolitik der Notenbanken und hob den prozentual ungemein hohen **Anteil an notleidenden Krediten von 18%** am gesamten Kreditvolumen italienischer Banken hervor. Das heißt, dass die Rückzahlung von



fast jedem fünften Euro, der verliehen wurde, gefährdet ist. Stockman verglich dazu die Rate fauler Kredite mit der zur Zeit der amerikanischen Finanzkrise ab **2007 („Subprime-Krise“)**. Hier waren zu deren **Höhepunkt lediglich 5% der Kredite bei amerikanischen Banken faul**, die momentane Rate bei italienischen Banken ist also mehr als dreimal so hoch! Dabei decken die dafür gebildeten Rücklagen bei

weitem nicht die Ausfälle. Besonders betroffen ist die Banca Monte dei Paschi di Siena. 1472 gegründet, gilt sie heute als älteste noch existierende Bank der Welt und ist das drittgrößte Geldhaus des Landes. Alleine hier stehen 47 Mrd. notleidender Kredite lediglich 111 Mrd. € Gesamtkreditvolumen gegenüber. Da verwundert es nicht, dass beim kürzlich durchgeführten Banken-Stresstest das Traditionshaus auf den letzten Platz, hinter 50 anderen geprüften europäischen Geldinstituten landete. Bei dem von der **Europäischen Bankenaufsicht durchgeführten Test**, bei dem eine dreijährige Wirtschaftskrise simuliert wurde, kamen auch die deutschen Kreditinstitute nicht besonders gut weg. **Commerzbank und Deutsche Bank** fanden sich **unter den 10 schlechtesten Banken** wieder- und das, obwohl einige Ökonomen, den Test noch als „zu lasch“ ansehen. Im Ernstfall sehen sie noch größere Probleme auf die Banken zukommen.

Die Banca Monte dei Paschi soll nun durch eine Eigenkapitalerhöhung und ein Abstoßen ihrer faulen Kredite geholfen werden. Dazu haben italienische und internationale Banken ihre Hilfe zugesagt. Ob der Plan aufgeht und ob mittelfristig nicht auch andere Banken gerettet werden müssen, sei dahingestellt. Der italienische Staat, der selber hochverschuldet ist, wird dazu wahrscheinlich nicht in der Lage sein. Eine weitere **Option** wäre, dass die EZB ihr Anleihekaufprogramm, welches neben **Staatsanleihen** auch bereits **Unternehmensanleihen** umfasst, auch um Bankanleihen erweitert werden kann. **Auf diese Weise könnten Banken weiterhin ihre Verlustgeschäfte dem Steuerzahler aufbürden.**

(Hannes Ebert)

AfD-Aktion mit Niqab für das Verbot der Vollverschleierung

Mit einem Niqab-Auftritt hat die **AfD-Abgeordnete Wiebke Muhsal im Thüringer Landtag gegen die Entwürdigung der Frau durch die Vollverschleierung demonstriert.**

Zu ihrer Aktion im Plenum erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Muhsal:

„Der Niqab und die Burka machen Frauen gesichtslos. Ein Stück Stoff bedeckt nicht nur die Haare und Körperformen einer Frau, sondern auch ihre Gesichtszüge und dadurch ist es der im Stoff gefangenen Frau unmöglich, ihrem Gegenüber von Angesicht zu Angesicht, von Mensch zu Mensch gegenüberzutreten. Das Tragen des Niqab sollte diese für Frauen schreckliche Situation plastisch darstellen.“

Das Verbot der Vollverschleierung ist der richtige Weg, diese Entwicklung zu beenden und un-

sere freiheitliche Grundordnung zu schützen.“

(Quelle: AfD-Fraktion)



Merkels Kurs: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Angela Merkel setzt ihren fatalen Asylkurs fort. Trotz Risiken für die innere Sicherheit, trotz zunehmender Delikte durch Asylbewerber, trotz Widerstand aus der Bevölkerung. Selbst die schlechten Ergebnisse für die CDU bei den letzten Wahlen führen bei der Kanzlerin und Parteichefin nicht zu einem Umdenken. Alles prallt an ihr ab, als hielte sie sich selbst für unfehlbar oder als habe sie den Kontakt zur Realität verloren.

Auch die negativen Folgen der durch sie selbst angeführten Migrantenkrise sind ihr scheinbar egal. Merkels eigenmächtige Entscheidung, am 4. September letzten Jahres das Dublin-Verfahren außer Kraft zu setzen und Merkels Weigerung die Grenzen kontrollieren zu lassen, haben Deutschland in einem nie da gewesenen Ausmaß der Nachkriegszeit destabilisiert, den sozialen Frieden gefährdet und die Sozialkassen in Schieflage gebracht.

Noch immer besteht **Merkel** aber wie ein bockiges Kind darauf, dass ihre Entscheidungen richtig gewesen seien. Zwar **sagte** sie in einem Interview, **sie würde gerne die Zeit zurück drehen**, aber das war alles andere als ein Fehlereingeständnis, wie es uns etliche Medien verkaufen wollen (http://www.focus.de/politik/deutschland/kanzlerin-gesteht-fehler-in-fluechtlingskrise-merkel-wenn-ich-koennte-wuerde-ich-die-zeit-zurueckdrehen_id_5958480.html). Merkel ist nämlich der Meinung, **so hätte sie sich besser auf die Asylkrise vorbereiten können**, als ob diese Zustände nicht gerade durch sie mit herbeigeführt wurden. **Zudem würde sie nach eigener Aussage wieder so gesetzeswidrig handeln wie vor ei-**

nem Jahr. Während also immer mehr europäische Länder ihre Grenzen schützen, bleiben die deutschen weiter sperrangelweit offen für Asylsuchende, illegale Einwanderer, Kriminelle. Sogar den **Zusammenhang zwischen der steigenden Gefahr islamistischer Anschläge und der unkontrollierten Einreise von Ausländern leugnet die Kanzlerin bis heute.** Das ist nicht nur die völlige Weigerung der Wirklichkeit ins Auge zu sehen, das ist in seiner Rücksichtslosigkeit den deutschen Bürgern gegenüber verantwortungslos und moralisch gesehen unglaublich dreist.

Und als ob es nicht schon schlimm genug wäre, dass etwa 500.000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben und weiter im Land sind, eine schätzungsweise gleich große Anzahl sich ohne Registrierung in Deutschland aufhält, sämtliche Übereinkünfte und Grundgesetzregeln das Asylsystem betreffend durch die deutsche Kanzlerin gebrochen wurden und Sexualdelikte durch Migranten die Freibadsaison bestimmten (<http://afd-thueringen.de/2016/08/mindestens-146-sexuelle-uebergrieffe-in-deutschland-allein-im-juli-2016/>), verkündete Merkel auf dem Wiener Gipfel am 24.9.2016 und das wieder ohne Parlamentsbeschluss, weitere illegale Migranten von Italien und Griechenland aufzunehmen.

Darüber kann man bestenfalls nur noch mit dem Kopf schütteln. Es sieht so aus, als ob die Kanzlerin erst dann ablässt, wenn unser Land komplett zusammengebrochen ist. **Angela Merkel ist zur Gefahr für den deutschen Staat und für Europa geworden. Merkel muss weg!**

(Nadine Hoffmann)

Landtags-, Kommunal- und Abgeordnetenhauswahlen – große Erfolge für AfD

Der Wahl-September 2016 wurde mit der **Landtagswahl** in Mecklenburg am 4.9. eingeläutet und mit Spannung erwartet, vor allem was das Ergebnis für die AfD betrifft.

Umfragen sahen die Alternative für Deutschland in **Mecklenburg-Vorpommern** zweistellig über 20%, die einstigen Volksparteien CDU und SPD mit Verlusten und auch die Linken mit Einbußen. So sollte es auch kommen. Die **AfD erreichte aus dem Stand 20,8%**. CDU, SPD, Linke erlitten dramatische Verluste. Die Grünen schafften es nicht in den Landtag, ebenso wenig wie die NPD. Die Wahlbeteiligung war etwa 10% höher als zur Landtagswahl 2011 und das wurde, sogar von den Öffentlich-Rechtlichen, der AfD zugute geschrieben.

Eine Woche später fanden **Kommunalwahlen in Niedersachsen** statt. Hier erreichte die **AfD im**

Schnitt 7,8%, obwohl sie nicht in allen Kreisen angetreten ist. CDU, SPD und Grüne mussten Verluste verbuchen.

Am 18. September wurde dann das **Berliner Abgeordnetenhaus** neu gewählt. Die letzten Umfragewerte sagten der AfD ein Ergebnis um die 14% voraus und kündigten herbe Verluste für die Regierungsparteien SPD und CDU an. Diese Zahlen bestätigten sich. **Die Alternative für Deutschland kam auf 14,2%.** Die beiden bisher regierenden Parteien erlebten ein historisches Minus, so dass es keine weitere Zweierkoalition geben wird. Der Spitzenkandidat der CDU Frank Henkel bot infolge dessen seinen Rücktritt an. Der alte und neue Regierende Bürgermeister Müller erwägt nun ein rot-rot-grünes Bündnis. Die Piraten sind gekentert. Das Berliner Ergebnis für die AfD kann unter den ge-

gebenen Umständen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden und als weiteres blaues Wunder bezeichnet werden (<http://afd-thueringen.de/2016/09/wahl-zum-berliner-abgeordnetenhaus-afd-zieht-in-naechstes-landesparlament-ein/>). Denn es war ein **schwieriger, unfaire und undemokratischer Wahlkampf in der linksgrün-besetzten Hauptstadt**. Wie zuvor schon in Mecklenburg-Vorpommern und in Niedersachsen wurden AfD-Plakate zerstört. In Berlin gingen die Anhänger der Altparteien aber noch einen Schritt weiter, brachen in eine Druckerei ein, um Wahlmaterialien zu stehlen und jagten Wahlkampfhelfer durch Kreuzberg. Ein Helfer wurde dabei mit einer Flasche verletzt. Bürgermeister Michael Müller, der Nachfolger Wowereits, griff – wohl in seiner Verzweiflung ob des bevorstehenden Wahl-

debakels – unter die Gürtellinie und beschwor einen Kampf gegen die AfD herauf. Tatsächlich dürfte es sich um einen Kampf für die eigenen SPD-Posten gehandelt haben. Es hätte dem Ansehen Müllers besser zu Gesicht gestanden, hätte er sich zu den Gerüchten geäußert, dass der Pannenflughafen statt 2017 erst 2018 eröffnet werden kann, denn mit dem Versprechen einer Eröffnung im kommenden Jahr bestritt Müller seine Wahlkampf-Auftritte, wenn er nicht gerade gegen die AfD hetzte. Genutzt hat es ihm und der Berliner SPD nichts. **Die Alternative ist mit dem Mut zur Wahrheit angekommen, um zu bleiben. Und mit dem Einzug in das Berliner Parlament sind wir nun in 10 Landesparlamenten vertreten. Eine großartige Erfolgsgeschichte!** (Nadine Hoffmann)

Selbsternannte Antifaschisten kämpfen gegen Deutschland

Sie bezeichnen sich als Antifaschisten und das, was sie tun, als Antifaschistische Aktion. Überwiegend junge Leute haben sich in Gruppen zusammengefunden, um gegen Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus zu kämpfen, bzw. gegen alles, was sie dafür halten. Ihre Klientel reicht vom linken bis zum linksradikalen und autonomen Spektrum. Darunter sind Gruppen, die **Gewalt nicht nur akzeptieren, sondern diese auch selbst anwenden**. Einige werden vom Verfassungsschutz beobachtet. In Erscheinung treten sie häufig als „Gegendemonstranten“, um Kundgebungen oder Tagungen von Andersdenkenden zu stören, zu blockieren bzw. sogar zu verhindern.

Geistfreie Parolen wie „Deutschland verrecke“, „Besorgte Bürger entsorgen“, „Deutschland ist Scheiße, Ihr seid die Beweise“ bis hin zu „Nazis raus“ begleiten das Getöse der gutmenschelnden Antifaschisten. Demonstranten der vermeintlichen Rechtspopulisten werden beleidigt oder Steine geworfen. Das Geld der besorgten Bürger und deutschen Steuerzahler hingegen wird gerne genommen als Förderung des Demonstrationstourismus aus diversen „Programmen für Demokratie usw.“ oder als Lebensunterhalt aus den Sozialkassen, von dem der ein oder andere Antifaschist lebt. Im „Kampf gegen rechts“ ist man bei der **Antifa nicht zimperlich**. Fernab öffentlicher Kundgebungen werden **Farbbeutel auf Wohnhäuser geworfen, Fassaden beschmiert, Fensterscheiben eingeworfen oder Gegenstände anderweitig sabotiert**.

In einer Demokratie ist es legitim, dass alle Bürger friedlich von ihrem Recht auf Meinungs- und

Versammlungsfreiheit Gebrauch machen. **„Gewalt ist keine Lösung, egal von wem sie ausgeht und gegen wen sie gerichtet wird“, das ist der Grundsatz der AfD**. So grundsätzlich geht es aber nicht überall zu. Im Programm des Bundesfamilienministeriums „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, für das 2016 ca. 50 Mio. EUR bereitgestellt werden, fällt kein Wort über den Kampf gegen den Linksextremismus oder über den Kampf gegen islamistische Gewalt. Genauso ist es auch im Thüringer „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Im „Kampf gegen rechts“ sieht sich die Antifa auf der Seite der vermeintlich „Guten“ und steht bei „Gegendemonstrationen“ in einer Reihe mit Linken, Grünen, Sozialdemokraten, gerne auch Gewerkschaftern und Vertretern der Kirchen und Sozialverbände. In der Tageszeitung liest sich das dann so: „Tolerante und weltoffene Gegendemonstranten haben sich dem Aufmarsch der Rechtspopulisten mutig in den Weg gestellt“ oder so ähnlich.

(Birgit Noll)



Achtung – keine Satire!

Auch wenn es kaum zu glauben ist, entspricht es doch der deutschen Willkommenswirklichkeit. **Anerkannte Asylberechtigte fahren zum Urlaub in das Land zurück, aus dem sie angeblich geflüchtet sind.** Wie die „Welt“ am 11.09.2016 mit Hinweis auf eine Sprecherin der Arbeitsagentur berichtete, „gebe es solche Fälle“. Über die Anzahl der Vorgänge wird – wen wundert’s – keine Statistik geführt. Niemand weiß was, keiner hat den Überblick und außerdem haben wir ja Datenschutz.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article158049400/Fluechtlinge-machen-Urlaub-wo-sie-angeblich-verfolgt-werden.html>

Wie dramatisch müssen die politische Verfolgung und das Risiko für Leib und Leben wohl sein, wenn das Herkunftsland als Urlaubsziel ausgesucht wird? Natürlich finanziert vom deutschen Steuerzahler. Es lebe unsere Willkommenskultur! (Birgit Noll)



Quellenangabe zur Grafik:

<https://www.facebook.com/AfD.Thueringen>

Beziehungen schaden nur dem, der keine hat ...

Die **AfD-Fraktion im Thüringer Landtag** hat während des Sonderplenums zur „Amigo-Affäre“ der Landesregierung einen Entschließungsantrag eingereicht, in der sie die **Entlassung von Justizminister Dieter Lauinger, Bildungsministerin Birgit Klaubert und dem Chef der Staatskanzlei Benjamin Hoff fordert.**

Dazu erklärt Stephan Brandner, justizpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

„Diese personellen Maßnahmen sind notwendig, um das Ansehen der Landesregierung nicht weiter zu beschädigen. Außerdem muss die Landesregierung Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, zukünftig

auszuschließen, dass Mitglieder der Landesregierung und deren Angehörige **ihre Position ausnutzen**, um sich oder den Angehörigen **persönliche Vorteile zu verschaffen.** Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Bildung, Jugend und Sport sowie Migration, Justiz und Verbraucherschutz am 23. August 2016, die der Aufklärung der Vorwürfe gegen Minister Lauinger dienen sollte, hat ergeben, dass **Lauinger sich eigennützig** verhalten und die **Öffentlichkeit falsch informiert** hat. **Aus Gefälligkeit haben Klaubert und Hoff eine Entscheidung herbeigeführt, um ihren Ministerkollegen zu schützen.**“ (AfD-Fraktion)

Ramelow spendet Lottomittel und erhält privaten Vorteil

Am 14. September hat die Thüringer Landeszeitung in einem Artikel im Geraer Lokalteil mit der Überschrift „Ramelow löst Fahrkarte mit Landesmitteln“ über den Besuch des Ministerpräsidenten beim Geraer Wald-Eisenbahn-Verein berichtet. Im Artikel steht, dass der Ramelow im letzten Jahr bereits den Verein besuchte und dabei einen weiteren Besuch nur unter der wörtlich zitierten „Bedingung“ angekündigt hatte, „dass er mit der Bahn fahren“ dürfe. Der Titel des Artikels legt nahe, dass dem Ministerpräsidenten keine weiteren Kosten für die Fahrt anfielen. Weiter heißt es in dem Artikel, der Ministerpräsident hätte 9.250 Euro „der staatlichen Lotterie locker gemacht“.

Dazu erklärt Stephan Brandner, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender: „Auch für den Fall, dass es sich um einen ramelowtypischen ‚Lapsus‘ handeln

sollte, erscheint es doch mehr als seltsam, dass ein Ministerpräsident staatliche Lottomittel nur unter der ‚Bedingung‘ ausreicht, dass er einen klitzekleinen privaten Vorteil hat und sich die Kosten für eine Bahnfahrt, die jeder andere zu tragen hätte, spart. Man muss ja nicht gleich alles skandalisieren, aber dieser weitere Fehltritt eines Regierungsmitgliedes – nach den bekannten privat-öffentlichen Verwicklungen der Minister Hoff und Lauinger sowie der Ministerin Klaubert – wirft einen bezeichnenden Blick auf die Zustände, die in dieser Regierung herrschen. Vor diesem Hintergrund habe ich heute eine Kleine Anfrage eingereicht und will aufklären, ob und ggfs. welche Regierungsmitglieder noch staatliche Lottomittel nur unter Bedingungen und unter Forderungen von Gegenleistungen ausgereicht haben.“ (AfD-Fraktion)



IKEA-Katalog oder ideologisches Konzept? – Leserbrief zum Nachdenken

Sehr geehrte Damen und Herren, nach dem Durchstöbern des aktuellen IKEA-Kataloges stelle ich mit Beauern fest, dass es sich hierbei weniger um einen Einrichtungskatalog handelt, sondern augenscheinlich ein ideologisches „Fachbuch“ darstellt. Meine Anmeldung als IKEA-Klubmitglied vollzog ich im Interesse, um an interessanten Einrichtungskonzepten teilzuhaben und NICHT, um eine meines Erachtens fehlgeleitete Politik durch Frau Dr. Merkel und der EU-Machthaber zu unterstützen. Ihre plumpen Überschriften „Warum gutes Design demokratisch ist“, „Eine Unterkunft für Flüchtlinge“ die zahlreichen Artikel, in denen durch Sie und den Ideologen des Mainstreams derzeit Migranten generell als Flüchtlinge gefeiert werden sowie der neue Stil Ihrer Abbildungen verherrlichen eine fragwürdige „Multikulti-Kultur“ ohne Rücksicht auf wahre Probleme einer solchen Inszenierung und dessen Ursachen. Bitte nehmen Sie mich unverzüglich aus Ihrem Verteiler. Ich werde künftig in den Einrichtungen dieses Kon-

zerns weder Interesse an Ihrer politischen Ausrichtung pflegen, noch mich für Einrichtungsstücke oder die Wurst am Imbiss interessieren.

Beim Lesen Ihres indoktrinierenden Kataloges fand ich mich gedanklich dort wieder gefunden, wo man mich zu DDR-Zeiten zu einem gehorsamen und willigen Werkzeug des Sozialismus formen wollte – mein Großvater würde Ihnen berichten können, wie man um 1936 in einer NS-Diktatur selbst Wirtschaftsartikel ideologisch zu formen wusste.

Ich wünsche Ihnen den nötigen Erfolg, um Notsituationen als ideologisches Konzept marktwirtschaftlich vollumfänglich ausbeuten zu können – und damit offensichtlich nicht nur mich aus gutem Gewissen Distanz üben zu lassen, gegenüber skrupellosem Profitdenken.

Ich habe keinerlei Interesse an Rückfragen oder Werbung durch IKEA oder dessen beauftragte Institutionen. (Der Verfasser ist der Redaktion bekannt)

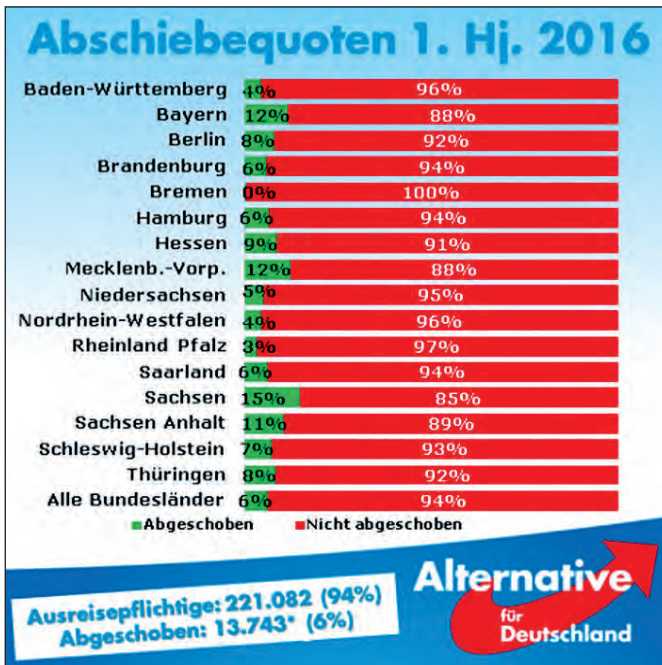
Zitat der Zeit:

„Die Bürger werden eines Tages nicht nur die Worte und Taten der Politiker zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der Mehrheit“

(Bertolt Brecht)

Abschiebequoten ausreisepflichtiger Migranten

Quelle:
Bundesdrucksache 18/9360,
Bundesdrucksache 18/9556



www.thueringenpost.de · info@thueringenpost.de

Impressum: Alternative für Deutschland, LV Thüringen, Birgit Noll,
Alte Chaussee 87, 99097 Erfurt-Waltersleben

nächste Ausgabe: Dezember 2016

Informationen: www.afd-thueringen.de · www.facebook.com/Afd.Thueringen

Alternative für Deutschland
Landesverband Thüringen

Die AfD ist eine demokratische, verfassungskonforme Partei Deutschlands. Mitglieder müssen versichern, dass sie keiner rechtsextremen, linksextremen oder ausländerfeindlichen Organisation angehören und sich vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen.